

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, 07.09.2016 um 18:15 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstraße 40, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	für Reinhold Daniels
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Marion Buschmann	CDU	bis einschl. TOP 7.2
Herr Fred Harry Frenzel	CDU	
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen	
Frau Susanne Vogel	Bündnis90/Die Grünen	für Helmut Toska
Herr Claus Munsch	Allianz für Hilden	für Friedhelm Burchartz
Herr Thomas Remih	FDP	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	

Gäste

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Beig. Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Michael Witek
Herr Tobias Schlusche
Frau Geri Schwenger

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Sanierung der Sanitäranlagen/Toiletten in der Walter-Wiederhold-Schule, Düsseldorf Str. 148
WP 14-20 SV 26/020
 - 3.2 Verbesserung des Lärm-/Schallschutzes in der OGATA der Walter-Wiederhold-Schule
WP 14-20 SV 26/019
- 4 Anträge
 - 4.1 Antrag der FDP-Fraktion - Flächendeckendes WLAN in der Innenstadt
WP 14-20 SV 10/034
 - 4.2 Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden - Haushaltskonsolidierung
WP 14-20 SV 20/047
- 5 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
 - 5.1 Aufstellung von Fahrradboxen an der S-Bahnhaltestelle Hilden Süd
WP 14-20 SV 66/069
 - 5.2 Integriertes Handlungskonzept (IHK) für die Innenstadt Hildens: Weitere Vorgehensweise nach Erlass einer Haushaltssperre
WP 14-20 SV 61/090
- 6 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 6.1 Änderung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros der Stadt Hilden
WP 14-20 SV 10/032/1

- 6.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung
WP 14-20 SV 01/057

- 7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- 7.1 1. Nachtragssatzung vom.....zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Abwasseranlage der Stadt Hilden- Anschlußbeitragsatzung vom 19.03.2010
WP 14-20 SV 60/020
- 7.2 Salzsiloanlage auf dem städt. Bauhof
- Festlegung der weiteren Vorgehensweise -
WP 14-20 SV 26/022
- 7.3 Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016
WP 14-20 SV 20/053

- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- 8.1 Ausgang Klage gegen Solidaritätsumlage und weiteres Vorgehen

- 8.2 Stadtbücherei Hilden ist Bibliothek des Jahres 2016

- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

- 9.1 Antrag FDP "Papierloser Stadtwart verwirklichen"

- 9.2 Antrag CDU Landesprogramm "gute Schule 2020"

Um 18:45 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen vollständig und fristgerecht zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Ruth Prinzmeier (stellv. Vorsitzende Schulpflegschaft Walter-Wiederhold-Schule) in Begleitung von Sybille Klein (Elternvertreterin Schulpflegschaft Walter-Wiederhold-Schule) fragte, bis wann die Sanierungen der Sanitäranlagen/Toiletten (TOP 3.1) sowie die Verbesserung des Lärm-/Schallschutzes (TOP 3.2) der Walter-Wiederholdschule auf der heutigen Tagesordnung bei Zustimmung erledigt sein könnten. Dies sei vor allem im Hinblick auf den Tag der offenen Tür am 24. September für die Eltern sehr interessant.

Hierauf erläuterte 1. Beigeordneter Danscheidt kurz den Ablauf des Verfahrens (Nachtragshaushalt, Ausschreibung, voraussichtliche Weihnachtspause im Handwerksbereich). Die Umbauten selbst könnten daher vermutlich erst zum Anfang des Jahres 2017 beginnen. Während der Bauarbeiten werden aufgrund des Umfangs Ersatztoiletten gestellt.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1	Sanierung der Sanitäranlagen/Toiletten in der Walter-Wiederhold-Schule, Düsseldorfer Str. 148	WP 14-20 SV 26/020
-----	---	-----------------------

In einer kurzen Beratung bekundeten alle Fraktionen ihre Zustimmung zum abgedruckten Beschlussvorschlag.

Antragstext:

Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen, dass die Sanierung der Sanitäranlagen/Toiletten der Walter-Wiederhold-Schule, Düsseldorfer Str. 148, in die Änderungsliste für den Nachtragshaushalt 2016 aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Bereits im Rahmen der kurzen Beratung im vorigen TOP bekundeten alle Fraktionen ihre Zustimmung zum abgedruckten Beschlussvorschlag.

Antragstext:

Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen, dass die Verbesserung des Lärm-/Schallschutzes in der OGATA der Walter-Wiederhold-Schule in die Änderungsliste für den Nachtragshaushalt 2016 aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Anträge

RM Remih (FDP) spezifizierte den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass 20-30 Router nach Rücksprache mit dem Freifunk-Verein Rheinland nötig seien. Die Freifunk-Initiative biete folgende Vorteile: Wenig Technik, wenig Kosten, gesteigerte Attraktivität der Innenstadt.

RM Bartel (Grüne) bestätigte, dass die Freifunk-Initiative grundsätzlich in Ordnung wäre. Es bestünde keine Notwendigkeit für ein Konzept. Die Verwaltung solle sich an den Freifunk-Verein Rheinland wenden und erfragen, was genau benötigt würde.

Ein Konzept sei nicht notwendig und die Ausführungen der Verwaltungen seien nachvollziehbar, erklärte RM Barata (SPD). Sie begrüßte daher die stetige Prüfung und Fortentwicklung des Freifunks durch die Verwaltung selbst.

Die Stellungnahme der Verwaltung beruhte auf Grundlage der Gespräche mit dem Freifunk-Verein Rheinland, führte 1. Beigeordneter Danscheidt aus. Die Landesnotunterkunft in der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule wurde mit dieser Technik ausgerüstet. Nach Aufgabe der Landesnotunterkunft würden die vorhandenen Router für die Regelunterkünfte verwendet werden.

RM Munsch (Allianz) erklärte, dass die Diskussion zum falschen Zeitpunkt geführt würde. Hier bestehe kein öffentlicher Auftrag und es gäbe Mobilfunk-Flatrates.

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten:

1. Ein Konzept für die Einrichtung eines frei verfügbaren und flächendeckenden WLAN-Netzwerkes in der Hildener Innenstadt zu erstellen. Dabei sollen ausschließlich die Technik und Möglichkeiten der Freifunk-Initiative erörtert werden.
2. Die Einzelhändler und Gastronomen im Hildener Stadtgebiet dabei hinzuzuziehen und über die Möglichkeit eines WLAN-Netzwerkes mit Hilfe der Freifunk-Initiative zu informieren.
3. Den Beitritt zum Freifunk-Verein Rheinland zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 14 Nein-Stimmen (SPD, CDU, Allianz, BM) gegen 1 Ja-Stimmen (FDP) bei 3 Enthaltungen (Grüne, BA) abgelehnt

4.2 Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden - Haushaltskonsolidierung

WP 14-20 SV
20/047

RM Schneller (SPD) erklärte, dass der Antrag rechtlich nicht haltbar sei. Mit §-14-Unterlagen kann jederzeit entschieden werden, ob Ausgaben getätigt werden oder nicht.

Durch RM Munsch (Allianz) wurde nachfolgender, gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen Allianz, FDP, und BA eingereicht, der den in der Sitzungsvorlage abgedruckten ersetzen sollte.

Gemeinsamer Antrag zur Haupt- und Finanzausschusssitzung am 07. September 2016

Die Fraktionen der ALLIANZ FÜR HILDEN, der BA und der FDP sind der Auffassung, dass eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung unabdingbar ist. Gemeinsam wollen wir die politische Handlungsfähigkeit erhalten und nachfolgende Generationen nicht weiter durch eine Politik der „Schulden“ belasten. Die bilanzielle Überschuldung und somit die Aufzehrung des Eigenkapitals und der Ausgleichsrücklage muss konsequent vermieden werden. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung muss die Schuldentilgung höchste Priorität haben. Die bisher mit der Haushalts- und Finanzplanung und inzwischen mit dem erforderlich gewordenen Nachtragshaushalt durch die Verwaltung vorgelegten Maßnahmen belasten in erster Linie die Bürger, ohne den Status Quo der Verwaltung in Frage zu stellen. Es ist nicht Ziel dieses Antrages, der Verwaltung mit der Forderung von Einzelmaßnahmen Detailanweisungen zu geben und ihren Aktionsradius einzuschränken. Da die von der Verwaltung bisher vorgeschlagenen Maßnahmen sich jedoch hinsichtlich des Ziels "Haushaltsausgleich ohne Schulden" als unzulänglich erwiesen haben, ist dieser Antrag darauf gerichtet, die Rahmenbedingungen für die Verwaltung an konkreten, prüfbaren Ergebnissen auszurichten.

Vor diesem Hintergrund fordern die drei antragstellenden Fraktionen die Umsetzung folgender

Maßnahmen:

1. Verwaltungskosten

Die Verwaltungspersonalkosten sind zunächst bis 2018 mindestens um jeweils 5% zu reduzieren, Eine Reduzierung von Personalkosten im sozialen Bereich wird ausdrücklich nicht beantragt. Dagegen sind insbesondere Hierarchien zu überprüfen und Leitungsstrukturen zu konsolidieren. Beispielhaft sei hier der Entfall der derzeit freien Dezernentenstelle erwähnt! Arbeitsabläufe müssen effizienter gestaltet und Doppelleistungen vermieden werden. Die Arbeitsprozesse in der gesamten Kernverwaltung gehören optimiert. Hierzu ist ein strategisches Controlling einzusetzen.

2. Freiwillige Maßnahmen des Investitionsprogramms

Alle freiwilligen Maßnahmen des Investitionsprogramms, die nicht aus sachlichen Gründen unabdingbar sind und für die keine alternative Finanzierung, die den städtischen Haushalt nicht belastet, gefunden wird, werden verschoben bzw. gestrichen und ggfls. im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung gesperrt. Eine veränderte Veranschlagung erfolgt frühestens über den Haushaltsplan 2018. Darunter fällt beispielsweise der Neubau des Funktionsgebäudes Weidenweg mit 1,4 Mio. UR, Sollten

diese und auch eventuelle Investitionen des IHK trotzdem durchgeführt werden, darf die Finanzierung nicht über Steuererhöhungen erfolgen, sondern ist über Einsparungen (z.B. bei den Verwaltungskosten, siehe Ziffer 1) oder andere Finanzierungsalternativen zu gewährleisten. Im Übrigen sind die geplanten Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte mit 5,14 Mio. EUR an der tatsächlichen Entwicklung der Flüchtlingszahlen zu orientieren und den Erfordernissen anzupassen, nach Möglichkeit zu reduzieren.

3 Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung erstellt aufwandsneutral ein Bürgerbeteiligungskonzept für freiwillige Investitionen, die nicht aus sachlichen Gründen unabdingbar sind, aber nicht über vorhandene Haushaltsmittel finanziert werden können. Dieser Vorschlag soll u. a. helfen, in Zukunft Fehleinschätzungen des Bürgerwillens zu verhindern und Hinweise zur Akzeptanz zu erhalten, welche Kosten, Gebühren, oder andere Belastungen bzw. Beteiligungen, z.B. mittels Schwarmfinanzierung o.Ä., die Bürger bereit sind, für eine Umsetzung auf sich zu nehmen.

4. Wirtschaftsförderung

Immer wieder betont die Verwaltung die Binsenwahrheit, dass gewisse Schwankungen beim Gewerbesteueraufkommen unvorhersehbar und die tatsächlichen Gewerbesteuererinnahmen nicht planbar seien. Dies gilt für das Bestandsgewerbe in Hilden und auch bei neuen Gewerbeansiedlungen werden sich Schwankungen nicht ausschließen lassen. Sehr wohl aber lässt sich durch die konzentrierte Anwerbung von neuen Unternehmen das Gewerbesteueraufkommen steigern. Die Verwaltung wird beauftragt aufwandsneutral ein zukunftsweisendes Wirtschaftsförderungskonzept zu erstellen, dass die Stärken und Schwächen des Standortes Hilden analysiert und konkrete Maßnahmen zur generellen Förderung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Hilden herausarbeitet.

Maßnahmen könnten beispielsweise in der direkten Ansprache von Unternehmen bestehen, die in der Wertschöpfungskette direkt vor oder hinter den ansässigen Hildener Unternehmen stehen. Auch gänzlich innovative Förderansätze könnten in Betracht kommen: So könnte beispielsweise ein Anreiz für die Ansiedlung neuer Gewerbe geschaffen werden, indem durch neue Betriebe generierte Gewerbesteuererinnahmen - also Mehreinnahmen für die Stadt - zu einem Anteil in einen Fördertopf fließen, der dann nach zu definierenden Regeln und Fristen diesen wieder direkt oder indirekt zugutekommt. Flankierend und prioritär sollten alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, die vorhandenen Defizite bei der Energieversorgung und der Anbindung an zeitgemäße Datennetze insbesondere auf bereits seit langem beworbenen Gewerbeflächen schnellstmöglich zu beheben. Dazu gehört die Verbesserung der Infrastrukturen in den vorhandenen Gewerbegebieten. Neue Gewerbesteuererinnahmefähigkeiten sind zu schaffen durch die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten zur Ansiedlungsbeschleunigung. Die Aufstellung des Bebauungsplans 139 wird bis zum Jahr 2018 umgesetzt.

Das geforderte Konzept soll neben den Maßnahmen darüber Auskunft geben, welche wirtschaftlichen Ziele konkret erreicht werden sollen (z. B. Anzahl der Neuansiedlungen, geplante Gewerbesteuermehreinnahmen durch Neuansiedlungen, Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze) und wie die Zielerreichung gemessen und transparent gemacht wird.

Hilden 07.09.2016

Friedhelm Burchartz

Ludger Reffgen

Rudolf Joseph

Eine Abstimmung über einen solch ausführlichen Änderungsantrag sei nicht möglich, führte RM

Buschmann (CDU) an. Daher stellte sie einen Vertagungsantrag.

Dem Vertagungsantrag wurde einvernehmlich zugestimmt, so dass Bürgermeisterin Alkenings weiter in der Tagesordnung fortfuhr.

5 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

5.1	Aufstellung von Fahrradboxen an der S-Bahnhaltestelle Hilden Süd	WP 14-20 SV 66/069
-----	--	-----------------------

Für die konventionellen Fahrradboxen (Ziffer 3) plädierte RM Bartel (Grüne). Die geringe Anzahl an realisierbaren elektronischen Boxen sowie die bekannten Probleme (z. B. Stabilität) im Pilotprojekt würden gegen ein elektronisches Schließsystem sprechen.

Erhebliche Bedenken bezüglich der Sicherheit bei solchen Schließsystemen -ähnlich wie beim Auto- führte RM Reffgen (BA) an. Weiter erklärte er, dass die von RM Bartel (Grüne) angesprochen Probleme des Pilotprojekts noch zu unbekanntem Folgekosten führen könnten. Angesichts dieser Punkte sprach er sich für konventionelle Fahrradboxen in Abhängigkeit einer Förderung des VRR (Ziffer 2) aus.

RM Barata (SPD), RM Munsch (Allianz) und RM Buschmann (CDU) favorisierten die Variante, an dem Förderprojekt „Fahrradabstellanlagen mit elektronischem Schließsystem“ teilzunehmen und forderten die Erhebung einer Gebühr. Als Vorteile wurden u. a. Attraktivität für Nutzer, Innovation und Erschließung neuer Nutzerkreise genannt.

Prof. Dr. Bommerann (AfD) erkundigte sich nach der Größe der Warteliste und ob in Verbindung mit dieser die 24 Fahrradboxen der elektronische Variante ausreichen würden. Ebenfalls müsste die Wartung und Technik des elektronischen Schließsystems weitergehend geklärt werden.

Bürgermeisterin Alkenings erklärte, dass Bedarf an Fahrradboxen bestünde, da Nutzer in diversen Gesprächen Interesse bekundeten und verwies nochmal darauf, dass zurzeit nur neue elektronische Fahrradboxen gefördert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss

1. Die Stadt Hilden nimmt an dem Förderprojekt „Fahrradabstellanlagen mit elektronischem Schließsystem“ teil. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.9.2016 einen entsprechenden Förderantrag für Fahrradboxen an der S-Bahnhaltestelle Hilden Süd zu stellen. In den Haushalt 2017 werden dazu 96.000€ im Produkt 120101 Verkehrsflächen eingestellt.
Das Projekt wird nur realisiert, wenn ein entsprechender Förderbescheid erteilt wird.

Alternativ

2. Die Stadt Hilden nimmt **nicht** an dem Förderprojekt „Fahrradabstellanlagen mit elektronischem Schließsystem“ teil. Der beim VRR gestellte Einplanungsantrag zu einem Förderprogramm für konventionelle Fahrradboxen wird aufrechterhalten. Die Verwaltung wird beauftragt einen Förderantrag zu stellen, wenn der VRR ein Förderprogramm 2017ff auflegt. In den Haushalt 2017 werden dazu 96.000€ im Produkt 120101 Verkehrsflächen eingestellt. Das Projekt wird nur

realisiert, wenn ein entsprechender Förderbescheid erteilt wird.

Alternativ

3. Die Stadt Hilden realisiert konventionelle Fahrradboxen unabhängig davon, ob es eine Förderung gibt. In den Haushalt 2017 werden dazu 96.000€ im Produkt 120101 Verkehrsflächen eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Alternative Abstimmung

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages 15 Stimmen (SPD, CDU, Allianz, FDP, BM)

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages 1 Stimme (BA)

Ziffer 3 des Beschlussvorschlages 2 (Grüne)

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages mehrheitlich beschlossen

5.2	Integriertes Handlungskonzept (IHK) für die Innenstadt Hildens: Weitere Vorgehensweise nach Erlass einer Haushaltssperre	WP 14-20 SV 61/090
-----	---	-----------------------

Am 06. September haben die Fraktionen und Ratsmitglieder ein Ergebnisprotokoll des Gespräches zwischen Verwaltung und dem Ministerium Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie der Bezirksregierung per Mail erhalten. Hierin wird als weiterer Beschlussvorschlag genannt: „3. *Das Integrierte Handlungskonzept (IHK) für die Innenstadt Hildens wird unter Beibehaltung der darin formulierten Ziele und Handlungsfelder fortgeschrieben. Auf die Verkehrsprojekte A 1/A 2 und A 4 wird dabei verzichtet. Für den 1. Nachtragshaushalt ergeben sich für 2016 folgende Veränderungen (siehe Anlage).*“ Laut Protokoll wird die Fortschreibung des IHK unter Beibehaltung der ursprünglich formulierten Ziele und Handlungsfelder empfohlen. Die Verkehrsprojekte (hier A1/A2/A4) werden seitens der Bezirksregierung mit Hilfe des von der Stadt zu Verfügung gestellten Gutachtens auf ihre Wegfallmöglichkeit geprüft. Sollten die Verkehrsprojekte wegfallen können, weil auch die Bezirksregierung die erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten bestätigt, wird jedoch von Bezirksregierung und Land eine Ergänzung durch neue Projekte erwartet, die wiederum der Zielerreichung dienen müssen. Diese dürfen auch weniger kosten.

Die Bürgermeisterin machte deutlich, dass die Gesprächspartner Verständnis für die derzeitige Haushaltslage in Hilden und die damit verbundene Idee der Fortschreibung mit teilweisem Austausch von Projekten zeigen. Allerdings dürfe die Fortschreibung des IHK nicht auf Folgejahre aufgeschoben werden. Vielmehr müssen weitere Projekte umgesetzt werden, ansonsten würde die Förderung eingestellt werden. Die Abstimmung über diese Sitzungsvorlage solle das weitere Vorgehen der Verwaltung vorgeben. Bei Fortschreibung würden durch die Verwaltung alternative, kostengünstigere Projekte gesucht und vorgestellt werden. Zeitlich gesehen reiche eine Abstimmung im Rat am 21. September 2016 aus.

Der Kämmerer wies darauf hin, dass bei der Antragstellung die erforderlichen Mittel im Haushalt etatisiert sein müssen.

Die Allianz erklärte, dass ihre Fraktion grundsätzlich gegen Fortführung bzw. Fortschreibung des IHK sei. Die nun dargestellten Ergebnisse aus dem oben genannten Gespräch regen allerdings dazu an, dies nochmal in der Fraktion ausführlich zu besprechen.

Die überwiegende Mehrheit der Ausschussmitglieder schien an einer Fortschreibung interessiert zu sein.

Die Bürgermeisterin stellte damit ein Meinungsbild fest.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung an Rat

6 Allgemeine Ratsangelegenheiten

6.1 Änderung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros der Stadt Hilden

WP 14-20 SV
10/032/1

Es wurden verschiedene Möglichkeiten der Öffnungs- bzw. Schließungszeiten vorgetragen und hinterfragt.

Schließlich sprachen sich die Fraktionen SPD, CDU, Allianz und FDP für den Verwaltungsvorschlag aus.

Einer Schließung am Samstag widersprachen abschließend RM Reffgen (BA), weil der Samstag nicht schlecht besucht sei und RM Bartel (Grüne), da bereits eine Kürzung des Donnerstags zum Beschluss stehe.

Da Unstimmigkeit darüber bestand, welche der vorgetragenen Samstags-Regelungen am praktikabelsten und bürgerfreundlichsten wäre, wurde der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt, dass die Verwaltung zur Beschlussfassung im Rat hierzu noch eine überarbeitete als Beschlussvorschlag vorlegt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss der testweisen Veränderung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros für ein Jahr wie folgt zu:

Das Bürgerbüro wird an jedem ersten und dritten Samstag (Verwaltung legt zur Ratssitzung überarbeitete Regelung vor) geöffnet; donnerstags endet die Öffnungszeit um 18.00 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Allianz, FDP, BM) gegen 3 Nein-Stimmen (Grüne, BA) beschlossen

6.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung

WP 14-20 SV
01/057

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss nachfolgende Änderungen der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Hilden

1.) In § 5 Absatz 1 wird folgende neue Nummer 4 eingefügt:

§ 5 Haupt- und Finanzausschuss

(1) Dem Haupt- und Finanzausschuss obliegen neben den Aufgaben gem. den §§ 59 i.V.m. § 60, 61 GO NW folgende Aufgaben:

(...)

4. den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen im Sinne des § 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW, von öffentlich-rechtlichen Verträgen im Sinne von §§ 54 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW sowie von sonstigen Verträgen und Vereinbarungen über 50.000 €, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt und keine anderweitige Zuständigkeit eines Fachausschusses nach dieser Zuständigkeitsordnung gegeben ist

Die bisherigen Ziffern 4 – 8 verschieben sich entsprechend.

- 2.) In § 6 Absatz 4 wird die Ziffer 1 der Befugnisse für den Schul- und Sportausschuss wie folgt geändert:

§ 6 Aufgaben der übrigen Ausschüsse

- (4) Im Einzelnen werden den Fachausschüssen im Rahmen der bereitgestellten Mittel folgende Angelegenheiten zur abschließenden Entscheidung übertragen:

(...)

dem Schul- und Sportausschuss

1. Entscheidungen über Vorschläge zur Besetzung von Schulleitungsstellen gemäß § 61 Absatz 2 Schulgesetz in den Fällen, in denen das zur Abgabe der Vorschläge zuständige Gremium keine einstimmige Entscheidung hierzu trifft.

(...)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen (SPD, CDU, Grüne, Allianz, FDP, BM) gegen 1 Nein-Stimme (BA) beschlossen

7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

7.1	1. Nachtragssatzung vom.....zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Abwasseranlage der Stadt Hilden- Anschlußbeitragssatzung vom 19.03.2010	WP 14-20 SV 60/020
-----	--	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt-und Finanzausschuss:

Die in vollem Wortlaut vorliegende 1.Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Abwasseranlage der Stadt Hilden (Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt das Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Beschlossene Nachtragssatzung liegt als Anlage 1 der Niederschrift bei.

7.2 Salzsiloanlage auf dem städt. Bauhof
- Festlegung der weiteren Vorgehensweise -

WP 14-20 SV
26/022

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, zur Sicherstellung des Winterdienstes der Saison 2016/2017 die Notreparatur des vorhandenen Salzsilos. Die entstehenden Kosten von 8.000 € werden in den 1. Nachtragshaushalt 2016 aufgenommen.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7.3 Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016

WP 14-20 SV
20/053

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen (siehe Änderungslisten).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Liste 1 Ergebnishaushalt global einstimmig beschlossen

Liste 1 Investitionen global einstimmig beschlossen

Liste 2 Ergebnishaushalt Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge wurden im Einzelfall abgestimmt (siehe Anlage)

Liste 2 Investitionen Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge wurden im Einzelfall abgestimmt (siehe Anlage)

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages einstimmig beschlossen

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

8.1 Ausgang Klage gegen Solidaritätsumlage und weiteres Vorgehen

Kämmerer Klausgrete berichtete von der leider abgewiesenen Klage gegen die Solidaritätsumlage, an der sich die Stadt Hilden beteiligt hatte. Eine Kommission aus Klägern und Rechtsanwälten bewertet nun den Ausgang und berät über eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Ergebnis werde mit einer Sitzungsvorlage mitgeteilt werden.

8.2 Stadtbücherei Hilden ist Bibliothek des Jahres 2016

Die Stadtbücherei Hilden ist Bibliothek des Jahres 2016, berichtete 1. Beigeordneter Danscheidt. In jedem Jahr wird nur eine Bibliothek mit diesem Preis ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet am 24. Oktober 2016 in der Stadtbücherei Hilden statt. Die Stadtbücherei reiht sich damit in eine Liste namhafter Bibliotheken ein.

Nachträgliche redaktionelle Anmerkung: Die Preisverleihung ist auf den 23. Oktober 2016 verschoben

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag FDP "Papierloser Stadtrat verwirklichen"

Antrag „Papierlosen Stadtrat verwirklichen“

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. bis zu den kommenden Haushaltsplanberatungen 2017 ein Konzept zu erstellen, wie der komplette Umstieg auf digitale Sitzungsunterlagen für Ratsmitglieder realisiert werden kann;*
- 2. die Kosten für die Anschaffung einer entsprechenden Software/ App zu ermitteln;*
- 3. eine Gegenüberstellung der laufenden jährlichen Druck- und Versandkosten für die Sitzungsunterlagen einerseits und der zu erwartenden jährlichen Kosten bei einer Umstellung auf digitale Sitzungsunterlagen andererseits zu erarbeiten.*

Begründung:

Die Druck- und Versandkosten für die Sitzungsunterlagen der Ratsmitglieder und Fraktionen betragen im aktuellen Haushalt 97.032,00 Euro. Zuletzt konnten die Kosten schon dadurch gesenkt werden, dass die Niederschriften der Ausschusssitzungen nur noch elektronisch versandt werden. Doch die Digitalisierung lässt weitere Einsparungen zu. Immer mehr Kommunen in NRW entscheiden sich deshalb für einen papierlosen Stadtrat, bei dem die Ratsmitglieder die Sitzungsunterlagen über Tablets abrufen. Neben dem finanziellen Aspekt ist diese Arbeitsweise auch aus Gründen der Umweltfreundlichkeit zu begrüßen.

In persönlichen Gesprächen wird oftmals der Wunsch vieler Ratsmitglieder geäußert, einfach auf Sitzungsunterlagen weiter händisch mitschreiben zu wollen. Mittlerweile gibt es Geräte die diesen Wunsch ermöglichen und gleichzeitig sind die Sitzungsunterlagen dabei komplett digital. Man erhält dazu einen Stift und kann problemlos im Sitzungsverlauf mitschreiben

*Rudolf Joseph
Fraktionsvorsitzender*

*Thomas Remih
stellv. Fraktionsvorsitzender*

Antrag:

Die CDU Fraktion beantragt, dass die von der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vorzulegende Fortschreibung des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms die Grundlagen für eine Inanspruchnahme des Landesprogramms „gute Schule 2020“ berücksichtigen und damit kompatibel ist. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt bereits jetzt alle Schritte einzuleiten, damit Hilden an diesem Programm beteiligt wird und in den Genuss der Fördermittel kommt.

Begründung:

Das Förderprogramm „gute Schule 2020“ bietet gerade für Hilden eine einmalige Chance, ein großes Stück bei den Schulinvestitionen voran zu kommen. Es wird jetzt sehr auf die Qualität der Fortschreibung ankommen und auf eine Abstimmung mit den Schulleitungen. In den letzten Jahren hat die Stadt Hilden beständig in ihre Schulen investiert. Die weiterführenden Schulen haben davon profitiert, Nun sind die Grundschulen an der Reihe. Dies gestaltet sich jedoch aufgrund der Finanzsituation der Stadt als ausgesprochen schwierig. Dennoch müssen weitere Investitionen geleistet werden, um die gute Schulstruktur dauerhaft erhalten zu können und auf die Bedarfe eines modernen Unterrichts auszurichten.“

Marion Buschmann Claudia Schlottmann

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings
Vorsitzende

Tobias Schlusche
Schriftführer/in

Gesehen: